
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 24.06.2020

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:00 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister Kuras begrüßt als Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit mit 10 anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

3 Genehmigung der Niederschrift vom 04.03.2020 und 28.05.2020

Die Niederschriften vom 04.03.2020 und 28.05.2020 werden mehrheitlich genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Niederschrift 04.03.2020 **07:00:03**
Niederschrift 28.05.2020 **06:00:04**

4 Bekantgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt die nichtöffentlichen Beschlüsse der Sitzung vom 28.05.2020 bekannt:

1. Unternehmensangelegenheiten

- Abrechnung der Zielvereinbarung 2018 mit der Geschäftsführung der IVG Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH
- Zielvereinbarung 2020 mit der Geschäftsführerin der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG)
- Zielvereinbarung 2020 mit den Geschäftsführern der MVZ SKD GmbH

2. Vertragsangelegenheiten

- Verlängerung der Konzession zur Durchführung der Notfallrettung und des qualifizierten Rettungsdienstes durch das Deutsche Rote Kreuz Kreisverband Dessau e.V.

3. Grundstücksangelegenheit

- Veräußerung eines kommunalen Grundstückes in Dessau-Waldersee
Erteilung einer Belastungsvollmacht
- Änderung des Erwerbers

4. Personalangelegenheit

- Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Dessau-Roßlau
an Herrn Dr. Bernd Ulbrich

5 Bekantgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum vor.

6 Einwohnerfragestunde

Bürger 1 geht auf den Tagesordnungspunkt 8 (Unternehmensangelegenheiten) ein. In der Geschäftsordnung der Stadt Dessau-Roßlau sowie im Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) ist eine Auflistung vorhanden, welche Themen nichtöffentlich zu behandeln sind. Die im Tagesordnungspunkt aufgeführten Unternehmensangelegenheiten sind kein Bestandteil dieser Aufzählung. Deshalb widerspricht die Tagesordnung der aktuellen Rechtslage. Der Bürger weist darauf hin, dass die Teilnahme der Öffentlichkeit ein sehr hohes Gut ist, welches man bewahren sollte. Des Weiteren berichtet er, dass der Stadtrat in der Geschäftsordnung beschlossen hat, was nichtöffentlich zu behandeln ist und geht davon aus, dass ein Beschluss des Stadtrates Geltung hat.

Herr Oberbürgermeister Kuras erläutert, dass in der Regel interne Prozesse der Unternehmen nichtöffentlich zu behandeln sind, weil sie vertrauliche Daten enthalten. Auf der aktuellen Tagesordnung kann man erkennen, dass die Unternehmensangelegenheiten in einen öffentlichen Teil, wo die Entlastung der Geschäftsführung sowie der Aufsichtsräte behandelt werden, und einem nichtöffentlich Teil aufgeteilt sind. Im nichtöffentlichen Teil werden über die Jahresabschlüsse und Lageberichte der Unternehmen entschieden. Diese Angelegenheiten sind schützenswert, damit die privaten Konkurrenten keine Einblicke in die betrieblichen Prozesse bekommen. Herr Oberbürgermeister Kuras bestätigt dass im KVG LSA die Unternehmensangelegenheiten nicht expliziert aufgeführt werden, aber unter den allgemeinen Begriff des öffentlichen Wohls oder schutzwürdiger Interessen Dritter zu subsumieren sind. Bei städtischen Unternehmen handelt es sich um schutzwürdige Interessen Dritter.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Mrosek, Fraktion AfD, spricht den Artikel im Amtsblatt an, in dem die Fraktion der AfD mit der NS-Diktatur verglichen wird und stellt die Frage, von wem die Initiative für diesen Artikel ausging.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, verweist auf eine diesbezüglich erfolgte schriftliche Beantwortung und dass Sie sich nicht mehr an den Initiator erinnern kann. Jedoch hat sie das Vorhaben unterstützt. Die Fraktion Die Linke steht zu dieser Erklärung, bemerkt **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**.

Des Weiteren gibt **Herr Mrosek** den aktuellen Stand des Rechnungsprüfungsberichtes der alten Fraktion der AfD bekannt. Der offene Rückzahlungsbetrag beläuft sich auf ca. 115 Euro.

Herr Oberbürgermeister Kuras informiert, dass ihm andere Zahlen vorliegen und der Vorwurf die alte Fraktion der AfD betrifft.

Abschließend bittet **Herr Mrosek** um die Bearbeitung der Funktionsemail-Adresse seiner Fraktion dahingehend, dass die von Bürgern gesendeten Informationen automatisch an alle Mitglieder der Fraktion weitergeleitet werden.

Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, erläutert, dass vor ca. zwei Jahren im Zuge der Sanierung des ehemaligen Gymnasiums in Roßlau das Nebengebäude abgerissen wurde. Als Grundstücksgrenze zum Grundstück der katholische Pfarrei Roßlau wurde eine Mauer errichtet. Zu dieser Zeit haben sich vermehrt Jugendliche am Schillerplatz getroffen, wo es zu Auseinandersetzungen mit der katholischen Gemeinde kam. Die Jugendlichen und Kinder haben die Mauer seitens des Schillerplatzes und der Schule erklommen und sind auf die Dächer des Carports und der Garagen gestiegen. Damit haben sie eine Zerstörung der Dächer verursacht. Daraufhin wurden Gespräche mit dem Ortschaftsrat, der Polizei, der Streetworkerin, den Jugendlichen und der kath. Gemeinde geführt, woraufhin allmählich Ruhe eingetreten ist. Seit diesem Frühjahr tritt eine ähnliche Situation auf. Jugendliche, im Alter von 10-16 Jahren treffen sich dort und zerstören erneut die Dächer der Gemeinde. Der Kirchenvorstand hat sich dann an die Ortsbürgermeisterin mit der Bitte um Mithilfe gewandt. Aufgrund der fehlenden Handlungskompetenz wurde das Schreiben an den Oberbürgermeister weitergeleitet, woraufhin das Amt für zentrales Gebäudemanagement geantwortet hat, dass an der bestehenden Mauer keine Änderungen geplant sind. Frau Koschig stellt die Frage, wie die Verwaltung in der Sache weiterverfährt und empfiehlt eine Vor-Ort-Begehung.

Herr Oberbürgermeister Kuras kennt den Sachverhalt. Er bittet die zuständigen Dezernenten den weiteren Ablauf zu erläutern und sichert Frau Koschig eine Überprüfung zu. Die schriftliche Antwort wird dem Ortschaftsrat Roßlau sowie dem Pfarrer, Herrn Neuhaus, erteilt.

Vor 2 Jahren wurde auf diese Situation reagiert und ein Jugendclub neu installiert, berichtet **Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung** und sichert ebenfalls eine Überprüfung zu.

Herr Meister, Amtsleiter des Bauordnungsamtes, äußert diesbezügliche Bedenken, da eine Mauer zur Abgrenzung von Grundstücken dient und nicht zur Schutzgewährleistung eines Dritten.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, schlägt vor, dass das Verfahren zur Überprüfung der Stadträte seitens der Stasiunterlagenbehörde nur für neu gewählte

Stadträte durchzuführen und fragt, ob eine diesbezügliche Rückkopplung zwischen dem Oberbürgermeister und dem Präsidium des Stadtrates stattgefunden hat.

Herr Oberbürgermeister Kuras wird sich dieser Thematik erneut widmen.

Herr Otto geht auf eine im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt bereits gestellte Anfrage zu den Abholzungen in der Ebertallee/Jugendherberge ein, die seit mehreren Monaten unbeantwortet ist. Vom Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt erhält er keine konkreten und aussagekräftigen Antworten. Er hat lediglich die Auskunft erhalten, dass die Stadt nur zu 1/3 Eigentümer des Grundstückes ist und dieses verpachtet hat. Er fragt, wann die Fällung beantragt und genehmigt wurde und was mit dem Erlös des Holzes geschehen ist. Daraufhin informiert er, dass die dort liegenden Waldwege völlig zerstört wurden. Für die angedachte Instandsetzung der Wege sollte der Verursacher die Kosten tragen. Er erwartet diesbezüglich Konsequenzen.

Herr Meister sagt einer Prüfung zu.

Des Weiteren berichtet **Herr Otto** über einen im Rahmen der Haushaltsdiskussion gefassten Beschluss hinsichtlich der Stelle des Mitarbeiters des pädagogischen Dienstes. Zudem sollte der Leiter des Museums ausgeschrieben werden, welcher das Museumskonzept erstellen soll. Nach einer Auskunft von Herrn Kuras (Leiter des Kulturamtes) Anfang des Jahres, sollte dies bis Ende März passieren. Nunmehr wurde ihm mitgeteilt, dass lediglich die Stellenbeschreibung bis Ende März gefertigt wird und nun die Ämter in der Beteiligung sind. Herr Otto kritisiert die Dauer des Verfahrens und den Umgang mit gefassten Stadtratsbeschlüssen. Er möchte, dass im Bereich Personal andere Prioritäten gesetzt werden, um vom Stadtrat beauftragte Stellen zeitnah zu besetzen. **Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**, sichert eine ausführliche Antwort zu. **Herr Schönemann** äußert die Bitte, dass diese maßgebliche Stelle umgehend besetzt wird und fragt nach der terminlichen Zielsetzung.

Herr Oberbürgermeister Kuras sichert nach einer Bitte von **Herrn Schönemann** zu, dass sich die Mitarbeiterin der Strategiestelle nach der Sommerpause im Haupt- und Personalausschuss vorstellt.

Herr Adamek, Fraktion CDU, stellt die Frage, ob es eine Abstimmung zur zukünftigen Aufteilung der Fachbereiche in den Berufsschulen zwischen den Landräten, den Oberbürgermeistern und den Bildungsverantwortlichen gegeben hat. Er verweist auf einen Erlass des Landes, der den eigentlichen Abstimmungen vor Ort widerspricht, denn der Landkreis Wittenberg bekommt eine Ausnahmeregelung für den Ausbildungsberuf Köche, sodass sie bei einer Anzahl von 12 Personen ausbilden dürfen.

Er ist heute über den Erlass informiert worden, erwidert **Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**. Die angesprochene Abstimmung mit den Landräten hat es nicht gegeben, aber Abstimmungen mit dem Bildungsministerium, dass der Bereich Gastronomie hier konzentriert wird und dafür andere Bereiche nach Wittenberg gegeben werden. Es scheint aber jetzt mit dem Weggang der betreffenden Kollegin im Ministerium in Vergessenheit geraten zu sein. Es wird aber ein Schreiben an den neuen Kollegen erfolgen, da bereits der Ausbildungsgang Mechatroniker abgegeben wurde und die Gastronomieberufe, inklusive Köche, hier konzentriert werden sollten. Im letzten Jahr hat der Gastronomieverband wegen dem Blockunterricht öffentlich interveniert, gesteuert aus der IHK Halle. Es ist zu hinterfragen, ob nicht einzelne Personen auf politischer Ebene dafür gesorgt haben, diese Absprachen zu unterlaufen.

Er hofft auf eine schnelle Entscheidung, da es für den Landkreis Wittenberg nicht schwer sein wird, 12 Köche zusammen zu bekommen, legt **Herr Adamek** dar. Damit wird unser Standort geschwächt, da es auch viel Geld kostet, die entsprechenden Pädagogen vorzuhalten.

Herr Beigeordneter Krause verweist darauf, dass für das Folgejahr Investitionen in einem fünfstelligen Bereich für die Erneuerung der Küche im Berufsschulzentrum, eingestellt wurde.

Vielleicht können bis zur nächsten Sitzung des Stadtrates neue Erkenntnisse vorgelegt werden, merkt **Herr Adamek** an.

Unsere Bitte war immer, dass das zuständige Wirtschaftsministerium die Fächer für eine mittelfristige Zeit festlegt, ergänzt **Herr Oberbürgermeister Kuras**, was das Wirtschaftsministerium nie gemacht hat, sondern sie haben sich der steuernden Wirkung verweigert und gesagt, dass das vor Ort geklärt werden muss. Das ist jedoch nicht vor Ort zu klären, weil die beiden Landräte und er eigene Interessen vertreten. Das Wirtschaftsministerium hat dann die IHK gebeten, sich darum zu kümmern, aber auch diese hat keine Angaben vom Wirtschaftsministerium erhalten. Das Land drückt sich vor der Verantwortung, aber trifft jetzt Entscheidungen, die wirklich abwegig sind. In den stattgefundenen Bildungskonferenzen wurde die Bitte geäußert, eine Resolution an das Land zu richten, dass sie ihrer steuernden Verantwortung gerecht werden sollen und wenigstens für bestimmte Zeiträume die Fächer vorgeben, da es auch unwirtschaftlich ist, wenn die Leitung der Berufsschule den Lehrkörper nicht entsprechend anpassen kann und nicht weiß, ob bestimmte Fächer dann später noch gelehrt werden können.

Herr Adamek erklärt, es sollen nicht Bitten geäußert werden, sondern so erfolgen, wie es die Landräte machen.

Diesbezüglich verweist **Herr Oberbürgermeister Kuras** darauf, dass die Landkreise nicht nur mehr Einwohner, sondern auch mehr Unternehmen haben, die mehr Klassenplätze beantragen können.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärt, dass in der Bildungskonferenz ordentlich nachjustiert wurde und auch Landtagsabgeordnete gewonnen wurden, die das Anliegen unterstützen wollen. Er schlägt vor, diesen positiven Erfahrungswert in Form der Beratung und Kommunikation fortzusetzen und unseren Teil massiver öffentlich einzuklagen.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, berichtet von einem Fall, wo ein behinderter Schüler, der Beikoch werden wollte, aus Dessau zur Berufsschule nach Leuna musste. Seine Fraktion hat nach einer Recherche festgestellt, dass auch in Bitterfeld Beiköche theoretisch ausgebildet werden, sodass eine Umschulung dort hätte stattfinden können. Es besteht der Mangel in diesem Bildungssystem, dass die Schulen nicht miteinander kommunizieren.

Herr Mrosek geht nochmals auf den Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes ein und verliest: „Die Prüfung der Abwicklung der AfD-Fraktion der Wahlperiode 2014-2019 ergab im vorläufigen zahlenmäßigen Ergebnis, dass nach Aufrechnung das Konto der ehemaligen AfD-Fraktion zum 17.06.2019 mit einem Minusbetrag von 87,58 Euro abschließt.“ Er verweist darauf, dass dieser Betrag von ihm beglichen wurde. „Die Mitglieder der ehemaligen AfD-Fraktion waren aufgefordert sich, bis zum 31.01.2020 zum Protokollentwurf zu äußern. Das ist nicht erfolgt, damit entfällt auch eine Erklärung zu den o. g. Beiträgen. Insoweit schuldet die ehemalige AfD-Fraktion der Stadtkasse einen Betrag in der angegebenen Höhe von 115,90 Euro.“

Herr Oberbürgermeister erklärt, er muss den Bericht lesen, dann wird dem nachgegangen.

Nochmals auf das Thema Berufsschulen eingehend, bestätigt auch **Herr Oberbürgermeister Kuras**, dass diese nicht miteinander kommunizieren, sondern miteinander konkurrieren, was das Problem ist. Das Thema wurde auch dem Wirtschaftsminister angetragen als das Landeskabinett in Dessau getagt hat, jedoch hat er sich nicht darauf eingelassen.

Herr Otto erklärt, dass nur die Landtagsabgeordneten das aufnehmen können, da sie die Interessen ihres Wahlgebietes vertreten und sie müssen es in ihren Parteien, Landtagen und Arbeitskreisen thematisieren.

Die Landtagsabgeordneten, die an diesem Tag da waren, waren nur zum Teil aus unserem Wahlkreis, erwidert **Herr Oberbürgermeister Kuras**.

Herr Kellner, CDU-Fraktion, legt dar, dass seine Nachfrage bezüglich der Zulassungsstelle bei der Leiterin des Ordnungsamtes, Frau Scharge, zu Irritationen geführt hat. Er verweist darauf, dass er eine Anfrage in der letzten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses gestellt haben soll, was aber auch der Niederschrift nicht

zu entnehmen ist. Die Sache war eigentlich auch geklärt, deshalb hat der das Gefühl, dass irgendwer versucht, jemanden auszuspielen. Die Zulassungsstelle macht eine gute Arbeit.

Aufgrund des ausgefallenen Kinderschwimmens gibt **Herr Kellner** zu bedenken, dass es vermehrt zu Badeunfällen kommen kann. Deshalb sollten in der Stadt Möglichkeiten für mehr Schwimmkurse geprüft werden, oder seitens der Wasserwacht zusätzliche Angebote, evtl. auch in den Sommermonaten in den Freibädern, unterbreitet werden.

Herr Oberbürgermeister Kuras sagt eine entsprechende Prüfung zu.

Abschließend geht **Herr Kellner** auf die Funde der Bernsteinförderung an der Goitzsche ein und das Angebot, diese Sammlung der Stadt zur Verfügung zu stellen, was jedoch seitens der Stadt ausgeschlagen wurde, obwohl es dann die größte Sammlung an Bernsteinen in Deutschland wäre.

Mit der Annahme einer Schenkung sind auch Aufwendungen und Verpflichtungen verbunden, merkt **Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**, an. Da die Stadt im Besitz einer umfangreichen Bernsteinsammlung ist, erachtet es die Kulturverwaltung zum derzeitigen Zeitpunkt für nicht sachgemäß, mit dieser Annahme Verpflichtungen einzugehen.

Auf die Frage von Herrn Mrosek nach dem Wert der Bernsteinschenkung, führt **Herr Beigeordneter Dr. Reck** aus, dass der Wert einer Bernsteinsammlung nur von Fachleuten beurteilt werden kann. Oftmals dominiert nicht der materielle Wert, sondern der ideelle Wert und es ist auch nicht mit einer Bernsteinschmucksammlung zu verwechseln. Der Frage wird aber nachgegangen.

Es geht um Exponate mit Einschluss und auch um größere Bernsteine, die nicht überall vorkommen, erläutert **Herr Kellner**. Es fehlen Visionen in der Stadt und man dreht sich nur im Kreis.

Nachdem **Herr Schönemann** Herrn Kellner zur Mitwirkung im Arbeitskreis Kulturentwicklungsplan eingeladen hat, um seine Position zu korrigieren, verweist **Herr Kellner** auf seine Anwesenheit in mehreren Sitzungen. Er kritisiert nicht den Ausschussvorsitzenden, sondern dass solche Chancen vergeben werden und kritisiert in diesem Zusammenhang, dass es auch mit der Schweinenausstellung nicht vorwärtsgeht, wofür 10 T€ eingestellt wurden.

Herr Dr. Reck verweist darauf, dass aufgrund der Corona-Zeit die Museen geschlossen waren, und keine Dienstreisen durchgeführt werden konnten. Wenn Kritik geübt wird, dann an der Sache orientiert, denn eine Ausstellung war lange Zeit in der Stadt nicht möglich. Jetzt wird die Schweinenausstellung abgeholt und Herr Kellner erhält eine persönliche Einladung.

Auf die Aussage von **Herrn Kellner**, dass das Personal gesagt hat, dass sie fahren wollten, aber seitens des Dienstherrn nicht gelassen wurden, erwidert **Herr Dr. Reck**, dass Dienstreisen für die Mitarbeiter untersagt waren und nur in unabweisbaren Situationen vom Oberbürgermeister genehmigt wurden. Dazu gehört diese Ausstellung nicht.

Herr Schönemann bemerkt, wenn angefangen wird, Internes zwischen Verwaltung und Rat öffentlich so hin und her zu schieben, dass daraus ein uneinheitliches Bild entsteht, ist er für einen solchen Prozess nicht zu haben.

Herr Oberbürgermeister Kuras informiert kurz was, zu der Thematik `Schließung von Karstadt` bisher geschehen ist. Er führte zunächst optimistische Gespräche mit Betriebsrat von Karstadt, denn das Warenhaus mit dem Standort in Dessau erzielt gute wirtschaftliche Ergebnisse. Daraufhin schrieb der Oberbürgermeister einen Brief an den Konzernvorstand, wo er die Vorzüge des Standortes erläuterte. Am 19.06.2020 erreichte die Stadt die Nachricht, dass das Warenhaus von der Schließung mit bedroht ist. Nach dieser Nachricht wurden Gespräche mit dem Centermanager des Rathauscenters geführt, wo die Sicht des Managers geschildert wurde. Herr Oberbürgermeister Kuras teilt mit, dass man Verhandlungen mit Karstadt aufnehmen und u.a. über Verringerung der Verkaufsflächen oder Minderung des Mietpreises sprechen sollte. Im späteren Verlauf wurde bekannt, dass der Termin für die Schließung von Karstadt in etwa auf Oktober fällt, was für die Innenstadt und für das Rathauscenter eine Katastrophe darstellt. Die Schließung von Karstadt hätte nicht nur negative Auswirkungen auf die Geschäfte im Center, sondern auch für die Innenstadt, da Karstadt als Vollversorger dient, betont Herr Oberbürgermeister Kuras. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund informierte, dass die Innenstandkonzepte überarbeitet werden müssen und darüber nachgedacht werden soll, ob die Verkaufsflächen von öffentlichen Einrichtungen genutzt werden können. Für Herrn Oberbürgermeister Kuras ist es fraglich, ob die Ämter der Stadt dorthin verlagert werden, weil es mit einem großen Umbauaufwand in Verbindung steht sowie mit einem hohen Teil an Gemeinkosten.

Auch **Herr Mrosek** hat sich als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus mit dem Betriebsrat sowie mit dem Konzern in Verbindung gesetzt. Er hat genauso für den Standort Dessau geworben und eine Vor-Ort-Besichtigung angeboten, aber dennoch keine Antwort vom Konzern erhalten.

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtet, dass die alten Bundesländer von der Schließung härter betroffen sind als die neuen Bundesländer. Ein weiterer Faktor was dem Warenhaus geschadet hat, ist das Outlet-Center in Brehna, welches einen Rechtsverstoß darstellt. Es gab Erlasse aus dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr, wo drin steht, dass solche eine Art von Einkaufszentren nur an zentralen Orten der Oberstufen anzusiedeln sind.

Herrn Otto ist bewusst, dass die Stadt wenige Einflussmöglichkeiten auf die Erhaltung des Warenhauses hat, da es ein generelles Problem darstellt. Für ihn sollte die Bundesregierung agieren mit u.a. Sonderförderprogrammen oder mit der Änderung der Steuerhebesätze. Wenn der Handel in der Stadt wegbricht, verliert die Stadt an Lebensqualität und auch andere Branchenzweige sind davon betroffen. Er regt an, dass der Oberbürgermeister ein Gesprächstermin im Auftrag des Stadtrates vereinbart, an dem dann auch eine Delegation des Stadtrates teilnehmen wird.

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtet, dass laut Aussage des Centermanagers der Hotelneubau ein gutes Argument für den Erhalt des Warenhauses darstellt.

Herr Schönemann findet es für notwendig, dass die Landesregierung, als politische Komponente unterstützend tätig wird. Er bittet darum, nichts unversucht zu lassen.

Herr Adamek empfindet es für sinnvoll, wenn man mit dem ECE direkt ins Gespräch kommt. Des Weiteren teilt er mit, dass laut Aussagen von Karstadt die Warenhauskette nur wegen Corona in eine endgültige Schieflage geraten ist. Herr Adamek möchte wissen, ob es hinsichtlich auf Corona zu Gewerbeabmeldungen gab.

Herrn Dr. Reck liegen keine konkreten Zahlen vor, aber es gab keine signifikanten und spürbaren Signale aus dem Gewerbeamt.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, würde die Schließung des Warenhauses bedauern, aber er sieht trotzdem noch Chancen für die Weiterentwicklung der Stadt. Die Stadt hat nun bestimmte Aufgaben, u.a. die Eindämmung und Verhinderung der Katastrophe und die Fortführung der Stadtentwicklung.

Herr Otto hätte gern gewusst, ob die Citygemeinschaft, bei der sich die Händler zusammengeschlossen hatten, noch existiert. Wenn diese Gemeinschaft nicht mehr existiert, erachtet er es für sinnvoll, diese wieder zu initiieren. Herr Otto sieht diese Aufgabe bei der Wirtschaftsförderung ansässig. **Herr Dr. Reck** berichtet, dass die Stadt den Citynetverband unterstützt und dass bei Tagungen die Wirtschaftsförderung mit dabei ist. Ein direktes Citymanagement gibt es nicht mehr, aber es ist eine Überlegung wert.

Herr Kellner möchte den aktuellen Sachstand bezüglich der ehemaligen McDonalds Immobilie erfahren. Seitens der Verwaltung gab es keine Antwort diesbezüglich.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

Nach dem Tagesordnungspunkt wird eine reguläre Pause von 15 Minuten durchgeführt.

Bevor der neue Tagesordnungspunkt im nichtöffentlichen Teil aufgerufen wird, wird die Sitzung durch den **Vorsitzenden des Haupt- und Personalausschusses, Herrn Oberbürgermeister Kuras**, gem. § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seiner Ausschüsse unterbrochen. Der Oberbürgermeister begründet erneut den Grund der Nichtöffentlichkeit und zitiert den § 52 Abs. 2 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt. Nach einem Hinweis auf die Folgen des Verhaltens schließt er den Bürger von dem weiteren Verlauf der Sitzung aus und macht von seinem Hausrecht gem §§ 17 Abs. 1 und 18 Abs. 1 und 2 der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seiner Ausschüsse Gebrauch.

Nach einer Unterbrechung von 25 Minuten wird die Sitzung fortgesetzt und die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

9 Beschlussfassungen

9.1 Entsendung von Mitgliedern des Stadtrates in den Beirat der Volkshochschule Vorlage: BV/159/2020/V-40

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

9.2 Unternehmensangelegenheiten Entlastung der Geschäftsführerin der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG) für das Geschäftsjahr 2019 Vorlage: BV/173/2020/II-20BTM

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Entlastung der Geschäftsführerin der DWG für das Geschäftsjahr 2019.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

- 9.3 Unternehmensangelegenheiten**
Entlastung des Aufsichtsrates der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG) für das Geschäftsjahr 2019
Vorlage: BV/174/2020/II-20BTM

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der DWG die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2019.

Abstimmungsergebnis: 09:00:01

- 9.4 Unternehmensangelegenheiten**
Entlastung der Geschäftsführer der MVZ SKD gGmbH für das Geschäftsjahr 2019
Vorlage: BV/178/2020/II-20BTM

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Entlastung der Geschäftsführer der MVZ SKD gGmbH für das Geschäftsjahr 2019.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

- 9.5 Unternehmensangelegenheiten**
Entlastung des Aufsichtsrates der MVZ SKD gGmbH für das Geschäftsjahr 2019
Vorlage: BV/180/2020/II-20BTM

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, nimmt aufgrund einer Befangenheit nicht an der Abstimmung mit teil.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der MVZ SKD gGmbH die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2019.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00:01

- 9.6 Unternehmensangelegenheiten**
Entlastung des Geschäftsführers der Industriefafen Roßlau GmbH
(IHR) für das Geschäftsjahr 2019
Vorlage: BV/184/2020/II-20BTM

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt dem Vertreter der Stadt Dessau-Roßlau in der Gesellschafterversammlung, der Entlastung des Geschäftsführers der Industriefafen Roßlau GmbH für das Geschäftsjahr 2019 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 08:00:02

- 9.7 Unternehmensangelegenheiten**
Entlastung des Aufsichtsrates der Industriefafen Roßlau GmbH für
das Geschäftsjahr 2019
Vorlage: BV/186/2020/II-20BTM

Herr Oberbürgermeister Kuras nimmt aufgrund einer Befangenheit nicht an der Abstimmung mit teil.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt dem Vertreter der Stadt Dessau-Roßlau in der Gesellschafterversammlung der Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2019 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00:01

- 9.8 Maßnahmebeschluss**
Sanierung und Modernisierung Wissenschaftliche Bibliothek im Pa-
lais Dietrich
Vorlage: BV/096/2020/IV-41

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, sowie Herr Adamek, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, geben bekannt, dass die Beschlussvorlage einstimmig in den jeweiligen Ausschüssen beschlossen wurde.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

**9.9 Prüfung der Stadt Dessau-Roßlau mit dem Schwerpunkt „Ausgewählte Maßnahmen der Jugendhilfe und der sonstigen Jugendarbeit“
Vorlage: BV/050/2020/V-51**

Herr Mrosek, Fraktion AfD, möchte wissen was mit dem Geld der aufgezählten Jugendeinrichtungen in der Anlage 2 auf Seite 145 geschehen ist.

Herr Deckert, Leiter des Jugendamtes, berichtet, dass das Projekt vom AJZ mit einem Stadtratsbeschluss Aufgabe des Kulturamtes geworden ist und dass es im Sinne der Jugendförderung nicht mehr besteht.

Des Weiteren fragt **Herr Mrosek** an, wieso es keine Nachweise der Einnahmen vorliegen. **Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**, erläutert, dass eine Prüfung nachgeholt und damit erledigt wurde. **Herr Deckert** ergänzt, dass die Beanstandungen bearbeitet wurden und die Mängel abgestellt sind.

Abstimmungsergebnis: 09:01:00

**9.10 Satzung zur Festlegung und Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/122/2020/V-51**

Herr Oberbürgermeister Kuras informiert, dass im Ausschuss für Finanzen die Anlage 2 geändert wurde.

Abstimmungsergebnis: 09:00:01

**9.11 Gesunde Frühstücksversorgung in den Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/123/2020/V-51**

Abstimmungsergebnis: 09:00:01

**9.12 Entscheidung über Annahme von Spenden und Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 abs. 6 KVG LSA
Vorlage: BV/140/2020/IV-ATD**

Beschluss:

Der Annahme der in der Übersicht (Anlage 2) dargestellten Spenden für das Anhaltische Theater Dessau wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

Nach dem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

14 Schließung der Sitzung

Herr Oberbürgermeister Kuras stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 20:00 Uhr.

Dessau-Roßlau, 25.08.2020

gez. Oberbürgermeister Peter Kuras
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

gez. Schriftführer